



SPD Fraktion Neu-Anspach

Kevin Kulp

Karl-Arnold-Weg 4

61267 Neu-Anspach

kevin.kulp@spd-na.de

Mobil 0151 52147647

Antrag der SPD Fraktion
Neu-Anspach, 7. September 2021

An den

Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Neu-Anspach

Rathaus

61267 Neu-Anspach

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,

wir bitten, folgenden Antrag der SPD-Fraktion auf die Tagesordnung der nächstmöglichen Stadtverordnetenversammlung zu setzen:

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Land Hessen auf, in der Hessischen Gemeindeordnung dafür die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, dass Städte und Gemeinden rechtsverbindlich Satzungen zur Bürgerbeteiligung erlassen können.

Begründung:

Die Geschehnisse rund um das Bauvorhaben an der Feldbergstraße haben gezeigt, wie wichtig es ist die Nachbarn eines Bauvorhabens frühzeitig einzubinden. Mehrere Anfragen aus der Stadtverordnetenversammlung sowie Briefe der Nachbarn an die Fraktionen haben diesem Bedürfnis Nachdruck verliehen. Um Bauherren bei größeren Bauvorhaben rechtsverbindlich zu verpflichten, die Bürger zu beteiligen müsste die Stadt Neu-Anspach eine Bürgerbeteiligungssatzung aufstellen. Wie es das Schicksal der Bürgerbeteiligungssatzung der Stadt Gießen gezeigt hat, fehlt für eine solche jedoch die rechtliche Grundlage in der Hessischen Städte- und Gemeindeordnung (HGO). Will die Stadtverordnetenversammlung also ihrem bei mehreren Gelegenheiten bekundeten Willen, die Bürger bei größeren Bauvorhaben frühzeitig zu beteiligen, Nachdruck verleihen, muss sie das Land Hessen zur Anpassung der entsprechenden Gesetzeslage auffordern.

Mit freundlichen Grüßen

Kevin Kulp
Fraktionsvorsitzender